

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

TATEN STATT WORTE



Vor dem Hintergrund des brutalen Kriegs, mit dem Russland die Ukraine überzieht, hat auch die SPD in Baden-Württemberg klar Position bezogen: Solidarität mit der Ukraine, schnelle Hilfen für Geflüchtete und die Abfederung der sanktionsbedingten Belastungen – diese Inhalte hat der Landesvorstand auf seiner Klausur im März in einer Resolution zum Krieg in der Ukraine beschlossen.

FOTO: MAMA SCHUBERT - FOTOMONTAGE MIT BILDMATERIAL VON SHUTTERSTOCK

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

der Krieg in der Ukraine stellt eine Zeitenwende dar. Ich bin dankbar, dass wir in dieser Situation mit Olaf Scholz einen Bundeskanzler haben, der einen kühlen Kopf bewahrt und unser Land sicher und besonnen durch diese so bedrohliche Krise steuert.

Geprägt von unserer Geschichte und zwei Weltkriegen machen wir es uns nicht leicht, Waffen in ein Kriegsgebiet zu senden. Daher begrüße ich es, dass die Bundesregierung hier einen klaren Kompass hat: Wir unterstützen die Ukraine militärisch, damit sie sich gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zur Wehr setzen kann. Aber es wird keinen deutschen Alleingang geben. Deutschland handelt vielmehr in Absprache mit seinen Bündnis-

partnern. Die Bundesregierung wird zudem die deutsche Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit nicht gefährden. Auch lassen wir uns nicht als Kriegspartei in diesen Konflikt hineinziehen. Eine direkte militärische Auseinandersetzung zwischen der NATO und Russland muss verhindert werden.

Der furchtbare Krieg in der Ukraine hat Millionen von Menschen aus ihrem eigenen Land vertrieben. Zigtausende sind in den vergangenen Wochen auch nach Baden-Württemberg gekommen. Hier erleben wir, wie zum Glück fast überall in Europa, eine enorme Hilfsbereitschaft. Auch viele von euch helfen, spenden oder haben Geflüchtete aufgenommen. Für jede einzelne dieser Hilfen möchte ich euch danken.

Klar ist leider auch, dass diese Hilfe nicht nur über einige Wochen oder wenige Monate nötig sein wird.

Wie jede:r von uns bin auch ich fassungslos über einen brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, der so ungeheures Leid verursacht. Und selbst wenn es gelänge, diesen Krieg schnell zu beenden, würde er zerstörte Städte und zerbombte Häuser hinterlassen, in die ihre einstigen Bewohner:innen nicht von heute auf morgen zurückkehren können. Viele Menschen aus der Ukraine werden selbst nach einem Ende des Krieges länger bei uns bleiben müssen, als sie es selbst vorhatten.

Vor diesem Hintergrund konzentriert sich die SPD im Land auf das, was wir jetzt tun können: Der Krieg in der Ukraine heißt für uns in erster Linie, hier in unserem Land denen zu helfen, die sich zu uns geflüchtet haben. Wir wollen das Leid dieser Menschen lindern, so gut es geht.

Im Landtag kümmern wir uns darum, dass den Worten Taten folgen: Nicht selten haben wir die Befürchtung, dass trotz allen guten Willens im Alltag wieder bürokratische Fußangeln lauern, die rasche und unbürokratische Hilfe verzögern oder gar verhindern – mehr dazu an anderer Stelle in dieser Ausgabe.

Wir erleben in diesen Tagen aber auch, dass Frieden leider nicht so selbstverständlich ist, wie es in den vergangenen Jahrzehnten schien. Umso wichtiger ist es, für diesen Frieden einzutreten, hier in unserem Land, jeden Tag und überall, wo es nötig ist.

In Baden-Württemberg können Menschen aus aller Herren Länder friedlich miteinander leben und das muss auch so bleiben. Deswegen verurteilen wir sonderbare Demonstrationen, auf denen sich ein russischer Nationalismus Bahn brechen will. Deswegen verurteilen wir aber auch, wenn Menschen, die aus Russland stammen oder auch nur russische Wurzeln haben, pauschal angefeindet werden. Putin hat viele Gegner:innen. Und viele von ihnen sprechen russisch.

In diesem Sinne: Helfen wir, wo wir können, und sorgen wir für Frieden in unserem Land.

Euer Andreas Stoch

GEFLÜCHTETE MÜSSEN SICH WILLKOMMEN FÜHLEN

JASMINA HOSTERT WILL INTEGRATIONS-PROBLEME VERMEIDEN

Jeden Tag kommen rund 300 Geflüchtete aus der Ukraine bei uns in Baden-Württemberg an, viele davon sind Frauen und Kinder. Unsere stellvertretende Landesvorsitzende Jasmina Hostert, MdB für Böblingen, ist selbst als Kind mit ihrem Vater im Bosnienkrieg nach Deutschland geflüchtet.

Jasmina, wie erlebst du den Krieg in der Ukraine und die Flüchtlingswelle vor dem Hintergrund deiner eigenen Flucht?

Die aktuellen Bilder bringen meine eigenen Erlebnisse sehr stark zurück, es ist, als ob ich alles auch noch einmal erlebe. Wenn ich an die Zeit des Kriegsausbruchs in Sarajevo denke, da ging auch alles von heute auf morgen los: Schüsse,

Nahrungs- und Wasserknappheit, Nächte in den Kellern und große Angst. Ich fühle vor allem mit den Kindern mit, die ihre Verwandten und ihr Zuhause verlassen müssen.

Denkst du, dass viele der Geflüchteten bleiben werden?

Wir sollten den Kindern gute Perspektiven bei uns ermöglichen – egal, ob die Familien dann wieder zurückkehren oder nicht. Positiv finde ich die unbürokratische Aufnahme von Flüchtlingen durch die EU-Massenzustromrichtlinie, das ist im Vergleich zur Situation im Bosnienkrieg ein großer Fortschritt.

Was ist für die ankommenden Kinder und Jugendlichen jetzt in der Anfangszeit besonders wichtig?

Kinder bekommen mehr mit, als Erwachsene manchmal denken. Vor allem die Gänge zum Ausländeramt habe ich ganz schrecklich in Erinnerung. Kinder müssen sich in unserem Land willkommen fühlen, dann klappt auch die Integration besser. Sie brauchen ein sicheres Bleiberecht und Zugang zu Kitas und Schulen, zu Bildung und zu anderen Kindern.



Gemeinsam mit den Jusos hat die SPD-Fraktion vor dem Landtag für das Wahlalter ab 16 Jahren demonstriert.

ENDLICH: DAS NEUE WAHLRECHT KOMMT!

Aus unserem Landtagswahlprogramm wird Realität: Endlich kommt das neue Wahlrecht auch bei uns in Baden-Württemberg. Endlich wird das Parlament weiblicher, jünger und diverser. Das Wahlrecht ab 16 Jahren wird umgesetzt.

„Das neue Wahlrecht wird deutliche Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Parlaments haben. Es wird zu mehr Vielfalt führen“, so unser Generalsekretär und Innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Sascha Binder. „Junge Menschen wollen ihre Zukunft selbst gestalten und sie müssen möglichst früh in demokratische Prozesse eingebunden werden.“

Das ist ein Garant dafür, dass sie den hohen Wert unserer freiheitlichen Grundordnung schätzen lernen und sie auch zu verteidigen bereit sind.“

„Als SPD Baden-Württemberg wollen wir, dass wir unseren Jugendlichen eine aktive Rolle in unserer Demokratie anvertrauen“, so Dorothea Kliche-Behnke, Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg. „Aus diesem Grund haben wir schon 2014 in der grün-roten Landesregierung das Wahlalter bei den Kommunalwahlen auf 16 Jahre abgesenkt.“

Nun wird auch geändert, wie Landtagsabgeordnete gewählt werden. Künftig haben die Bürger:innen bei der Landtagswahl wie bei der Bundestagswahl zwei Stimmen. Dies sorgt für mehr Klarheit für die Wähler:innen, so Sascha Binder.

Nach elf Jahren Debatte über das Wahlrecht ist das Parlament am 6. April endlich zu einer Entscheidung gekommen. Der Landtag von Baden-Württemberg hat damit seit 1952 zum ersten Mal grundlegend das Wahlrecht geändert.

7. MAI: KLEINER LANDESPARTEITAG IN STUTTGART

Was brauchen Kinder und Jugendliche jetzt? Unter diesem Leitgedanken steht unser Kleiner Landesparteitag am 07. Mai 2022 in Stuttgart. Denn Kinder und Jugendliche verdienen es, im Mittelpunkt unserer Politik zu stehen – besonders jetzt. Viele Pandemie-Maßnahmen haben gerade junge Menschen massiv betroffen. Wir setzen uns für eine Politik ein, die Kinder und Jugendliche nicht nur mitdenkt, sondern auch einbezieht.

Unsere jugend- und kinderpolitischen Forderungen nach Corona:

- Unterstützung und Integration für geflüchtete Kinder und Jugendliche
- Raus aus der Pandemie: Impfangebot für Kinder und Jugendliche
- Unsere oberste Priorität: Kinderschutz
- In der Bildung: Unterstützung statt Leistungsdruck
- Jungen Menschen eine Stimme geben

■ Jugendarbeit ermöglichen und stärken

■ Kinderarbeit konsequent bekämpfen

Den gesamten Leitantrag findet Ihr unter <https://www.spd-bw.de/kleiner-landesparteitag-07-mai-2022/>

Darüber hinaus beraten wir über den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine und seine Folgen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD Landesverband Baden-Württemberg
Verantwortlich: Maja Schubert
Redaktion: Stephan Wehner, Maja Schubert, Sophia Zimmermann
Kontakt: SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10 • 70182 Stuttgart
Fon: 0711.61936-0 **Mail:** kommunikation-bw@spd.de
Internet: www.spd-bw.de

KULTURFORUM FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Das Kulturforum der Sozialdemokratie schreibt auf seiner Homepage: „Die über 35 aktiven regionalen und kommunalen Kulturforen sowie das bundesweite Kulturforum der Sozialdemokratie im Willy-Brandt-Haus schlagen Brücken zwischen den Künsten und der Kultur in ihrer ganzen Vielfalt und dem politischen Engagement für soziale Demokratie.“

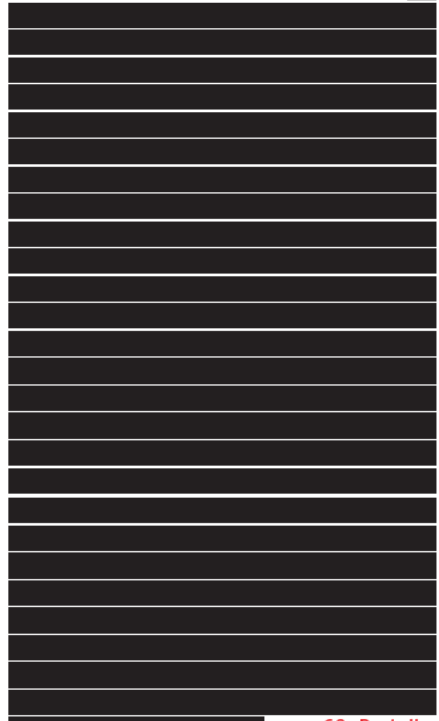
Ganz in diesem Sinne wollen wir den Kulturforen der Sozialdemokratie in Deutschland einen landesweit aktiven, regionalen Ableger Baden-Württemberg hinzufügen und fragen hiermit nach weiteren kunst- und kulturinteressierten Genoss:innen, die sich entweder schon in der Vergangenheit mit dem Kulturforumsgedanken beschäftigt haben und ihn neu beleben wollen oder die sich neu mit uns in dieses Abenteuer stürzen wollen.

Aus einer kleinen kreativen, engagierten und entschlossenem Gruppe sollte sich in absehbarer Zeit eine verlässliche Struktur bilden, zum Beispiel in Form eines Vereins, mit dem wir anschlussfähig werden für die anderen regionalen Kulturforen sowie das bundesweite Kulturforum der SPD.

Inhaltlich sind wir noch völlig offen und möchten zum Sammeln von Ideen und Engagierten zu einem virtuellen Treffen am Dienstag, 17. Mai 2022, um 18:00 Uhr, einladen. Bei Interesse sendet zwecks Zusendung der Zugangsdaten zu dem Treffen bitte eine kurze Anmelde-Mail an: info@kulturforum-bw.de

Martin Rivoir MdL (kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion)
 Dr. Hansjörg Thomae (1. Vors. Freunde Galerie Stihl, Waiblingen)

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE IM JUNI zum 50. Parteijubiläum:



zum 60. Parteijubiläum:

zum 65. Parteijubiläum



TERMINE MAI '22

- FR 6. MAI · 17:30 > Präsidium (Stuttgart)
- SA 7. MAI · 9:30 > Landesvorstand (Stuttgart)
- SA 7. MAI > Kleiner Parteitag (Stuttgart)
- MO 9. MAI · 18:15 > AGS-Landesvorstand (N.N.)
- DI 10. MAI · 10:30 > 60 plus-Landesvorstand, (N.N.)
- FR 13. MAI · 17:00 > ASG-Landesvorstand (Online)
- SA 14. MAI > AfA-Klausur (Stuttgart)
- SA 14. MAI > Selbst Aktiv-Landesvorstand (N.N.)
- SA 14. MAI > Juso-Zukunftskongress (Heidelberg)
- DI 17. MAI > Juso-Aktion zum Internat. Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (N.N.)
- FR 20. MAI · 15:30 > Präsidium (Online)
- FR 20. MAI · 18:00 > ASF-Landesdelegiertenkonferenz (Esslingen)
- MI 25. MAI · 18:30 > Juso-Landesvorstand (Online)

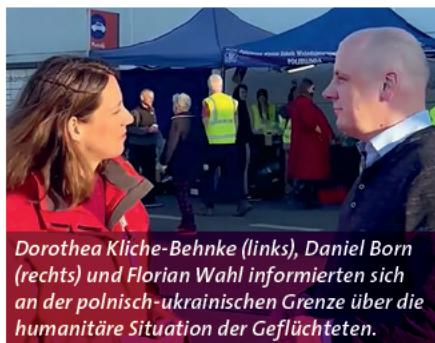
TERMINE JUNI '22

- MO 13. JUN · 18:15 > AGS-Landesvorstand (N.N.)
- MI 22. JUN · 18:30 > Juso-Landesvorstand (Online)
- SA 25. JUN > Selbst Aktiv-Landesvorstand (N.N.)
- SA 25. JUN > SGK-Kommunalkongress (Esslingen)
- DO 30. JUN · 10:30 > 60 plus-Landesvorstand (N.N.)

Der Schulleiter war am Ende: Mehrere ukrainische Lehrkräfte hatten sich bei ihm gemeldet, um sich um geflüchtete Kinder zu kümmern – hoch willkommene Fachkräfte in diesen Tagen. Doch nach mehreren Wochen sprangen erste Lehrkräfte wieder ab: Sie hatten noch keine Stunde unterrichten können, hatten keine Arbeitsverträge, hatten nicht einmal eine Vorstellung davon, wie ihre Arbeit vergütet werden könnte. Denn in manchem Schulamt fragte man zuerst danach, wo denn die Freistellung der bisherigen Schule in der Ukraine sei. Dass diese Schule womöglich dem Erdboden gleichgemacht wurde, sei schon klar. Aber wissen Sie, die Vorschriften...

Nur ein Beispiel für Fälle, in denen die SPD-Fraktion in den vergangenen Wochen auf Missstände und Probleme bei der Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine hinweisen musste. Die Haltung, die Ministerpräsident Kretschmann in seiner Regierungserklärung Anfang April zum Ausdruck brachte, ist ohne Frage richtig und unterstützenswert. Doch wenn der Haltung kein Handeln folgt oder dieses Handeln im Alltag verstopft wird, muss die Opposition den Finger heben.

Hilfe muss man nicht nur betuern, man muss sie leisten. Dabei wird nicht alles gleich perfekt laufen. Das muss es aber auch nicht. Wenn Geflüchtete aus der Ukraine offensichtlich zu Hause an Schulen unterrichtet haben, dann können diese Menschen hier helfen, auch ohne dass unsere Behörden jeden ihrer Seminarscheine in dreifacher Kopie haben. Das geht auch unbürokratischer. Das muss unbürokratischer gehen! Inzwischen betuert das Kultusministerium, die anfänglichen Hürden seien abgebaut. Doch die Zahlen der tatsächlich eingestellten Lehrerinnen und Lehrer aus der Ukraine sind noch äußerst dürftig.



Dorothea Kliche-Behnke (links), Daniel Born (rechts) und Florian Wahl informierten sich an der polnisch-ukrainischen Grenze über die humanitäre Situation der Geflüchteten.

Es ist nicht die Zeit, zu zaudern – und schon gar nicht, in die üblichen Rollenspiele zu verfallen. Bei der Registrierung der Ankommenden gab es massive Probleme, denn viele Behörde vor Ort konnten mit den (zu) wenigen Anlagen zur biometrischen Registrierung nicht annä-

GEFLÜCHTETE AUS DER UKRAINE: HILFEN STATT HÜRDEN!

DEN MENSCHEN ZU HELFEN, DIE VOR DEM HORROR DES KRIEGS IN DER UKRAINE GEFLOHEN SIND, IST DAS GEBOT DER STUNDE UND DER ERKLÄRTE WILLE AUCH DER LANDESREGIERUNG. SPD-FRAKTIONSCHIEF ANDREAS STOCH ERKLÄRT, WARUM ES ABER TROTZ DIESER EINIGKEIT AUF DIE ARBEIT DER OPPOSITION ANKOMMT. DENN EINE SCHNELLE UND NACHHALTIGE HILFE DARF NICHT AN BÜROKRATISCHEN PROBLEMEN SCHEITERN.



Die SPD-Landtagsabgeordneten Jonas Hoffmann, Katrin Steinhilb-Joos und Sascha Binder (von links nach rechts) informieren sich vor Ort, wenn es um Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine geht.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg

Verantwortlich:
Nicole Matthöfer
Redaktion:

Hendrik Rupp **Anschrift:**
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart Telefon
0711 2063-711/781

zentrale@
spd.landtag-bw.de
www.spd.landtag-bw.de
facebook.com/
spdlandtagbw
twitter.com/
spdlandtagbw
instagram.com/
spdlandtag_bw

hernd schnell genug arbeiten. Provisorische Lösungen? Hilfe vom Land? Manche Fraktionen dachten, das Problem werde dadurch gelöst, dass man auf den Bund schimpft und fordert, in Zügen oder an Bahnhöfen das zu schaffen, was zu Hause nicht einmal in der Ausländerbehörde klappt. Auch hier gab es erste Erleichterungen, tatsächlich aber meist aus der Bundesregierung angeschoben.

Am Arbeitsmarkt wird es weitergehen. Immer wieder hat die SPD seit Jahren auf die Fälle aufmerksam gemacht, in denen hoch willkommene Arbeitskräfte aus bürokratischen Gründen nicht oder nicht mehr arbeiten durften, hat den Zorn vieler Arbeitgeber in den Landtag transportiert. Wir werden erleben, ob man dazugelernt hat – und wenn nicht, werden wir den Finger heben müssen.

Ganz anders als auf dem Arbeitsmarkt: **Auf dem Wohnungsmarkt sieht es**

zappenduster aus im Land. Der Ministerpräsident hat „Rekordinvestitionen“ gelobt, doch die gehen bisher fast ausschließlich auf die Rekordausgaben des Bundes zurück. Gerade in einem von Wohnungsnot und explodierenden Preisen geprägten Land wie Baden-Württemberg muss aber auch das Land selbst mehr tun. Auch das gilt nun umso mehr.

Schließlich muss das Land auch handeln, wenn es um die Wirtschaft geht. Der neue kalte Krieg, der sich immer deutlicher abzeichnet, wird große und nachhaltige Auswirkungen haben. Das Land ist gefragt, besondere Härten für unsere Wirtschaft abfedern zu helfen. In einem Land voller Spezialfirmen gibt es die, die jetzt tatsächlich in große Schwierigkeiten geraten können. Sie sollten nicht nur auf die Bundesregierung vertrauen können.

Und wir müssen nicht nur fördern, sondern auch fordern: Wenn wir es ernst meinen mit allen Sanktionen, dann müssen diese Sanktionen auch im Südwesten gelten. Dann darf es nicht sein, dass ein Exporteur schon wieder nach Schleichwegen sucht, um doch Geschäfte mit Russland zu machen. Hier muss gerade die Landesregierung genau hinschauen.

Nicht anders bei der Energieversorgung: Wir können gar nicht genug dafür unternehmen, Energie zu sparen und regenerative Energie zu erzeugen, deswegen kann es gar nicht reichen, was das Land bisher unternimmt. Behändigkeit können wir uns nicht mehr leisten. Und anstatt den Leuten zum Pulli zu raten, sollten wir erst einmal nachschauen, auf wieviel landeseigenen Gebäuden noch nicht einmal eine Photovoltaik installiert ist und wo landeseigene Behörden bocken, wenn es um die Erzeugung regenerativer Energie geht, die wir nicht in Diktaturen einkaufen müssen.

Der furchtbare Krieg in der Ukraine bringt auch für unser Land große Aufgaben mit sich. Es ist richtig, wenn die Landesregierung diese Aufgaben anspricht. **Wir wollen, dass die Aufgaben auch angepackt werden.**

LANDTAGS-
FRAKTION

BADEN-
WÜRTTEMBERG



SPD